



Darmstadt, den 21.02.26

1. Wahrnehmung und Förderung von Pop- und Subkultur

1. Wie bewerten Sie die Bedeutung von Popkultur und Subkultur für das kulturelle Leben und die Attraktivität unserer Stadt?

Popkultur und Subkultur sind für uns ein zentraler Bestandteil des kulturellen Lebens und der Attraktivität unserer Stadt. Sie sind kein Randbereich und kein Jugendthema, sondern prägen Identität, Offenheit und Lebendigkeit einer modernen Stadtgesellschaft.

Pop- und subkulturelle Formate schaffen niedrighschwellige Zugänge zu Kultur, erreichen Menschen jenseits klassischer Bildungs- und Einkommensgrenzen und bringen unterschiedliche Generationen, Milieus und Lebensrealitäten zusammen. Sie sind Orte der Begegnung, der Teilhabe und des gesellschaftlichen Austauschs und damit auch wichtige soziale und demokratische Räume.

Gerade Konzerte, freie Festivals, Clubkultur, Soziokultur, Kollektive und ehrenamtlich getragene Kulturprojekte leisten dabei weit mehr als reine Kulturarbeit. Sie übernehmen Verantwortung für Inklusion, Gemeinschaft und familienfreundliche Zugänge zu Kultur und tragen mit hohem persönlichem und finanziellem Einsatz zur kulturellen Vielfalt unserer Stadt bei.

Gleichzeitig sehen wir in Darmstadt eine deutliche strukturelle Schieflage in der Kulturförderung. Während etablierte Institutionen dauerhaft abgesichert sind, arbeitet ein großer Teil der freien Szene, insbesondere im Bereich Pop- und Subkultur, unter prekären Bedingungen, mit unsicherer Förderlogik, hohem Ehrenamtsanteil und erheblichem Risiko. Dieses Missverhältnis wird der tatsächlichen Bedeutung dieser Kulturformen für die Stadt nicht gerecht.

2. Welche Maßnahmen planen Sie, um freie Kulturträger, experimentelle Kultur und ehrenamtliche Initiativen stärker in der städtischen Kulturpolitik einzubinden?

Freie Kulturträger, experimentelle Kultur und ehrenamtliche Initiativen sind für uns kein Ergänzungsprogramm zur etablierten Kultur, sondern ein gleichwertiger Teil der städtischen Kulturlandschaft. Entsprechend wollen wir ihre Rolle in der Kulturpolitik strukturell stärken und verbindlicher absichern.

- Zentral ist für uns eine fairere und transparentere Verteilung der Kulturfördermittel. Die bisherige Schwerpunktsetzung zugunsten

weniger großer Institutionen bildet weder die tatsächliche kulturelle Vielfalt der Stadt noch den gesellschaftlichen Mehrwert freier und ehrenamtlicher Projekte angemessen ab. Wir setzen uns daher für eine stärkere Umschichtung zugunsten der freien Szene ein, insbesondere dort, wo kulturelle Arbeit mit sozialem Engagement, Ehrenamt, niedrigen Eintrittspreisen und Familien- und Kinderfreundlichkeit verbunden ist.

Ergänzend sehen wir eine generationelle Ungerechtigkeit in der städtischen Kulturförderung. Förderstrukturen begünstigen häufig etablierte Akteur*innen und seit Jahren bestehende Institutionen, während junge, experimentelle oder neu entstandene Initiativen kaum Zugang zu finanzieller Förderung erhalten. So reproduziert sich Kulturpolitik oft selbst, anstatt gezielt Raum für neue Formate, jüngere Kulturschaffende und sich wandelnde kulturelle Ausdrucksformen zu schaffen.

Diese Schieflage wirkt innovationshemmend und wird der Dynamik einer wachsenden, vielfältigen und stark durch Studierende sowie junge Start-ups geprägten Stadtgesellschaft nicht gerecht. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Förderkriterien und -instrumente so weiterzuentwickeln, dass sie auch neuen Generationen von Kulturakteur*innen realistische Chancen eröffnen, unabhängig davon, ob sie bereits über langjährige institutionelle Verankerung verfügen.

- Darüber hinaus wollen wir verlässlichere Förderstrukturen schaffen. Die derzeit häufige projektbezogene und kurzfristige Förderpraxis wird der Arbeitsrealität vieler freier und ehrenamtlicher Initiativen nicht gerecht und verstärkt bestehende strukturelle Ungleichgewichte. Ziel sind mehrjährige Förderoptionen, größere Planungssicherheit und vereinfachte Antragsverfahren, insbesondere für kleinere, ehrenamtlich organisierte Träger.
- Ein weiterer Schwerpunkt ist die frühzeitige Einbindung freier Kulturakteur*innen in kulturpolitische Entscheidungsprozesse. Freie Szene, Pop- und Subkultur sollen nicht nur Antragsteller sein, sondern als Expertise ernsthaft in die Weiterentwicklung der städtischen Kulturpolitik eingebunden werden, etwa über regelmäßige Dialogformate, Beiräte oder themenspezifische Austauschformate.
- Zudem setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen jenseits direkter Förderung ein, dazu gehören z.B. bezahlbare und verlässliche Flächen, faire Nutzungsbedingungen für städtische Infrastruktur, transparente Gebührenstrukturen sowie eine Vereinfachung und Transparenz bei Genehmigungs- und Verwaltungsprozessen.

Ein zentrales Defizit sehen wir zudem im Bereich von Proberäumen und dauerhaften Arbeitsräumen für Pop- und Subkultur. Musiker:innen, Bands, Kollektive und freie Kulturakteure benötigen bezahlbare, verlässliche Räume, um kontinuierlich arbeiten zu können. Diese Infrastruktur ist Grundvoraussetzung kultureller Produktion, wird aber bislang kaum systematisch berücksichtigt.

Unser Ziel ist eine Kulturpolitik, die nicht zwischen „Hochkultur“ und „freier Szene“ trennt, sondern Vielfalt als Stärke versteht und diejenigen stärkt, die mit großem persönlichem Einsatz, wenig Absicherung und viel gesellschaftlichem Mehrwert Kultur in unserer Stadt lebendig halten.

2. Unterstützung von Festivals und Veranstaltungen

3. Wie wollen Sie die Durchführung unabhängiger Festivals – wie dem Golden Leaves Festival – langfristig sichern, insbesondere im Hinblick auf mehrjährige Zusagen, Genehmigungen, Flächen und Infrastruktur?

Unabhängige Festivals leisten einen zentralen Beitrag zur kulturellen Vielfalt, zur Attraktivität der Stadt und zum sozialen Zusammenhalt. Gleichzeitig arbeiten sie häufig unter besonders unsicheren Bedingungen, obwohl sie mit hohem ehrenamtlichem Einsatz, erheblichem finanziellen Risiko und großem organisatorischem Aufwand verbunden sind. Diese Diskrepanz wollen wir politisch ernst nehmen und strukturell verändern.

Ein zentraler Ansatz ist die Schaffung verlässlicher mehrjähriger Perspektiven. Festivals, die sich über Jahre bewährt haben und einen klaren gesellschaftlichen Mehrwert bieten, brauchen Planungssicherheit. Dazu gehören mehrjährige Förderzusagen ebenso wie frühzeitige Klarheit über Genehmigungen, Auflagen und Rahmenbedingungen. Kulturpolitische Unterstützung darf sich nicht auf kurzfristige Einzelentscheidungen beschränken, wenn langfristige Arbeit erwartet wird.

Darüber hinaus setzen wir uns für verbindlich gesicherte Flächen und geeignete Veranstaltungsorte ein. Unabhängige Festivals dürfen nicht jedes Jahr erneut um ihre Existenzgrundlage kämpfen müssen. Die Stadt sollte aktiv Flächen identifizieren, sichern und fair zur Verfügung stellen, anstatt Verantwortung und Risiko vollständig auf die Veranstalterinnen und Veranstalter abzuwälzen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Zugang zu städtischer Infrastruktur. Gebühren, Auflagen und Kosten für stadtnahe Dienstleistungen müssen transparent, nachvollziehbar und kulturpolitisch angemessen gestaltet werden. Wer mit ehrenamtlichem Engagement, sozialen Preisen und hoher Eigenleistung Kultur für viele ermöglicht, darf nicht durch unverhältnismäßige Kostenstrukturen ausgebremst werden. Zumal andere Großveranstaltungen nach unserem Kenntnisstand regelmäßig Unterstützung durch die Stadt erhalten. Unabhängige Festivals erhalten diese Unterstützung bislang jedoch nicht in vergleichbarer Weise, obwohl sie ebenfalls öffentliche Räume nutzen, viele Menschen anziehen und hohe Sicherheitsanforderungen erfüllen müssen. Diese Ungleichbehandlung wollen wir überprüfen und schrittweise abbauen.

Zudem wollen wir die Koordination und Kommunikation mit der Verwaltung verbessern. Klare Zuständigkeiten, frühzeitige Abstimmungen und verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sind entscheidend, um unnötige

Unsicherheiten und Reibungsverluste zu vermeiden. Die Verwaltung muss hier ermöglichen und begleiten, nicht zusätzliche Hürden aufbauen. Unser Ziel ist es, unabhängige Festivals nicht als Ausnahme oder Risiko zu behandeln, sondern als festen Bestandteil der kulturellen Infrastruktur der Stadt. Dabei müssen Nutzungskonflikte etwa durch Lärmschutzaufgaben, Nachverdichtung oder konkurrierende Flächennutzungen fair und realistisch gelöst werden.

3. Kulturstrategie & Beteiligung

4. Wie stellen Sie sicher, dass Akteure aus der Pop- und Subkultur in kulturpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden?

Akteure aus der Pop- und Subkultur müssen als eigenständige Expertise ernst genommen und systematisch in kulturpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Wir treten für eine Demokratisierung der Kulturförderung ein.

Beteiligung darf dabei nicht erst beginnen, wenn Entscheidungen faktisch bereits getroffen sind. Vertreterinnen und Vertreter der freien Szene, der Pop- und Subkultur sowie ehrenamtlicher Initiativen sollen frühzeitig in Planungsprozesse eingebunden werden, etwa bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen, bei Fragen der Flächennutzung, bei Genehmigungsprozessen oder bei strategischen kulturpolitischen Weichenstellungen.

Unser Ziel ist eine Kulturpolitik, die nicht über die freie Szene spricht, sondern mit ihr arbeitet. Pop- und Subkultur sollen nicht Bittsteller sein, sondern aktive Mitgestalterinnen und Mitgestalter der kulturellen Entwicklung unserer Stadt.

Das bedeutet konkret:

- Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der freien Szene und der Popkultur an Förder- und Entwicklungsprozessen
- transparente Kriterien bei der Vergabe kommunaler Mittel
- regelmäßige Dialogformate zwischen Verwaltung, Politik und Kulturschaffenden

Kulturpolitische Entscheidungen gewinnen an Qualität, wenn sie gemeinsam mit denen getroffen werden, die Kultur praktisch umsetzen, und nicht über ihre Köpfe hinweg.

5. Wird Ihre Partei sich für eine kommunale Popkulturstrategie einsetzen, um die Relevanz dieses Bereichs sichtbar zu machen und langfristig kulturpolitisch zu verankern?

Eine kommunale Popkulturstrategie im Sinne eines steuernden oder inhaltlich lenkenden Konzepts halten wir nicht für sinnvoll.

Kreative Prozesse lassen sich nicht verordnen. Pop- und Subkultur entstehen aus der Stadtgesellschaft heraus. Sie lassen sich nicht planen, aber sie lassen sich durch geeignete Rahmenbedingungen ermöglichen oder behindern.

Im Mittelpunkt steht für uns nicht ein formales Strategiepapier, sondern die Frage, wie Pop- und Subkultur dauerhaft als relevanter Teil der städtischen Kulturpolitik behandelt werden. Dafür braucht es Klarheit über Bedarfe, Zuständigkeiten und verlässliche Reaktionen von Verwaltung und Politik auf das, was aus der Stadtgesellschaft heraus entsteht. Wir setzen uns dafür ein, dass Proberäume als Teil kultureller Infrastruktur verstanden und bei städtischer Planung, Zwischennutzung und Liegenschaftspolitik stärker mitgedacht werden.

Dabei sehen wir die Verantwortung auf beiden Seiten. Die Stadt muss mit dem arbeiten, was aus der Szene an sie herangetragen wird, transparente Ansprechpartner bieten und faire, nachvollziehbare Verfahren schaffen. Gleichzeitig ist es auch Aufgabe der Szene, sich zu organisieren, etwa in Form von Vereinen, Kollektiven oder Zusammenschlüssen, um als verlässliche Gesprächspartner auftreten zu können.

4. Budgetverteilung zwischen Hochkultur und Pop-/Subkultur

6. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Budgetverteilung zwischen Hochkultur (z. B. Theater, Museen, klassische Einrichtungen) und nicht-hochkulturellen Bereichen (Pop, Subkultur, freie Szene)?

Wir erkennen die kulturelle Bedeutung von Theater, Museen und klassischen Einrichtungen grundsätzlich an. Gleichzeitig bewerten wir die aktuelle Budgetverteilung als klar unausgewogen und nicht mehr zeitgemäß.

Ein erheblicher Teil des Kulturetats ist dauerhaft an wenige große Institutionen gebunden, während Popkultur, Subkultur und freie Szene mit vergleichsweise minimalen Mitteln auskommen müssen. Besonders problematisch ist dabei, dass Eintrittskarten im Bereich der Hochkultur teilweise mit sehr hohen öffentlichen Zuschüssen finanziert werden. Wenn Tickets im staatlich getragenen Kulturbereich mit mehreren hundert Euro pro Besucher subventioniert werden, während gleichzeitig freie und ehrenamtlich getragene Kulturprojekte um existenzsichernde Beträge kämpfen, ist das kulturpolitisch schwer vermittelbar.

Diese Praxis führt faktisch dazu, dass öffentliche Mittel überproportional Angebote für ein vergleichsweise begrenztes Publikum finanzieren, während niedrigschwellige, breite und sozial vielfältige Kulturangebote strukturell unterfinanziert bleiben. Das halten wir für eine soziale und generationelle Schieflage innerhalb der Kulturförderung.

Wir setzen uns daher für mehr Transparenz in der Kulturförderung ein. Dazu gehört aus unserer Sicht auch die Offenlegung von Zuschüssen pro Ticket sowie eine ehrliche Debatte darüber, wie öffentliche Mittel eingesetzt werden, um kulturelle Teilhabe möglichst vielen Menschen zu ermöglichen. Denkbar sind aus unserer Sicht unter anderem sozial gestaffelte Ticketmodelle und eine stärkere Kopplung von Förderung an Reichweite, Zugänglichkeit und gesellschaftlichen Mehrwert.

Kulturpolitik darf nicht primär bestehende Strukturen konservieren, sondern muss die kulturelle Realität einer vielfältigen Stadtgesellschaft abbilden. Dazu gehört, Mittel gerechter zu verteilen und Popkultur, Subkultur und freie Szene deutlich stärker zu berücksichtigen.

7. Welche prozentuale Budgetverteilung streben Sie künftig an, um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen etablierten Institutionen und freien sub-/popkulturellen Akteuren zu erreichen (z. B. Umschichtung, Aufwuchs, projektbezogene Töpfe, strukturelle Förderung)?

Wir halten es nicht für zielführend, eine feste prozentuale Verteilung politisch vorzugeben. Kulturpolitische Entscheidungen sollten nicht am grünen Tisch getroffen werden, sondern sich an der tatsächlichen Arbeitsrealität, den Bedarfen und der Vielfalt der freien Szene orientieren.

Unser Ansatz ist daher ein anderer: Die Politik definiert den finanziellen Rahmen und stellt zusätzliche Mittel für Popkultur, Subkultur und freie Szene bereit. Die konkrete Ausgestaltung und Priorisierung dieser Mittel sollte jedoch von den Kulturschaffenden selbst vorgenommen werden, begleitet durch eine externe, unabhängige Moderation.

Dieses Verfahren stärkt Transparenz, Fairness und Akzeptanz. Es verhindert politische oder administrative Willkür und ermöglicht eine bedarfsgerechte Verteilung, die der Heterogenität der Szene besser gerecht wird als starre Quoten. Gleichzeitig fördert es Selbstorganisation, Verantwortung und Austausch innerhalb der freien Kulturakteurinnen und Kulturakteure. Ergänzend können temporäre Nutzungen und Zwischennutzungen auch finanziell entlastend wirken, indem sie kostengünstige Produktions- und Veranstaltungsräume ermöglichen und so gezielt aus Fördermitteln unterstützt werden.